

Ersteinst. Halbt.
 nachmitt. mit Ausnahm.
 der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
 monatlich 40 Pf.
 vierteljährlich 1,50 Mk.
 jährlich 5,00 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1,50 Mk. mehr bezulegen.

Die Neue Welt!
 (Kriegsentscheidungsorgan),
 monatlich 10 Pf.

**Verlags- und Anstalts-
 Expedition:** Nr. 1047.
 Telegraphen-Adresse:
 2634 Halle a. S.



Inserionsgebühren
 beträgt für die 6 Spalten
 pro Zeile oder deren Raum
 20 Pfennig.
 Bei anwerflicher Anzeigen
 50 Pfennig.
 Im rezeptionsfreien Gebiete
 kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate
 für die halbe Nummer
 sind 1/2 des vollen Preises.
 Im rezeptionsfreien Gebiete
 beträgt das 100 Pfennig der
 Expedition anzugeben
 sein.

**Eingetragen in die
 Postzustellungsliste.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part 42/43. Geschäftsverträge von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Redaktion: Part 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2-1/2 Uhr mittags.

Kolonien und Handel.

Doch der Welt an Kolonien dem deutschen Kapital Welt bringt, ist von der Sozialdemokratie nie befallen, im Gegenteil nachdrücklich betont worden. Nur ist damit noch lange nicht gesagt, daß sie auch den Arbeitern etwas nützen. Es macht deshalb einen sonderbaren Eindruck, wenn von offizieller Seite immer wieder der Versuch gemacht wird, den angeblichen Nutzen unserer Kolonialpolitik dadurch zu erweisen, daß man die Vorteile aufzählt, die Handel, Industrie oder Landwirtschaft davon haben sollen. Das kann gegenüber der sozialdemokratischen Kritik gar nicht ins Gewicht fallen, denn der springende Punkt ist immer der, ob diese Vorteile nicht von Schabernack der deutschen Arbeiterklasse ausgehen. Freilich ist das eine Sache, die die Bourgeoisie einfach nicht verstehen kann. Denn sie sieht nicht, sie kann nicht sehen und will nicht sehen den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Sie redet sich mit Gewalt ein: was für das Kapital gut ist, das muß eben dadurch auch den Arbeitern. Trotzdem fühlen die Vertreter der Kolonialpolitik wohl die Schwäche ihrer Position, und sie wissen da nichts anderes, als die tatsächlichen Vorarbeiten und von niemand geleugneten Vorteile der Kolonien zu vergrößern und zu überbetonen. Das tut man auch nieber eine sozialwissenschaftliche Studie, die das amtliche Reichsarchiv veröffentlicht hat und die den Nutzen der deutschen Kolonien für den deutschen Handel beweisen soll. Es lohnt sich, einen Blick auf die darin enthaltenen Überbetreibungen zu werfen.

Bekanntlich hat das deutsche Wirtschaftsleben in den letzten 25 Jahren einen vollständigen Umkehrung durchgemacht. Die Landwirtschaft ist zurückgetreten, die Industrie hat die Führung übernommen, und Hand in Hand mit ihr hat der Handel einen mächtigen Aufschwung erlebt. Man ist also berechtigt, zu schließen, daß auch weiterhin die Mitte des Handels zur Dominanz hat die Mitte der Industrie. Hieraus aus gehend, stellt die Studie einfach die Behauptung auf, daß die weitere Welt der deutschen Industrie nur dann geliebt sei, wenn sie einerseits hinsichtlich der Versorgung mit Rohstoffen vom Ausland unabhängig wird, als das jetzt der Fall ist, und wenn sie andererseits neue Absatzgebiete für ihre Erzeugnisse findet. — Wohlverstanden: Diese Behauptung wird nicht bewiesen, sondern einfach als selbstverständlich hingestellt. Damit hängt denn zusammen, daß nur die auswärtigen Beziehungen der Industrie und also auch nur die auswärtigen Beziehungen in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Das ist schon eine grobe Unterstellung und gibt ein ganz falsches Bild von der Gesamtlage des deutschen Handels. Freilich ist es richtig, daß die deutsche Einfuhr in der Zeit von 1885-1900 von 2000 auf 8000 Millionen Mark, die Ausfuhr im gleichen Zeitraum von 2000 auf 6000 Millionen Mark gestiegen ist. Aber daneben nimmt doch der deutsche Binnenhandel eine nicht minder bedeutende Stellung ein und sein Wachstum ist mindestens von derselben Wichtigkeit für die deutsche Gesamtwirtschaft gewesen, wie das des Außenhandels. Hören wir u. a. folgende Schilderung des ebenfalls bürgerlichen Nationalökonom Dr. Gerloff:

„Die moderne Großstadt ist der Mittelpunkt des industriellen Lebens. Sie beharrt der ständigen Zufuhr von Rohstoffen und der Abnahme der erzeugten Stoffe und Fertigfabrikate. Der direkte Verkehr zwischen den Verbrauchern und den Konsumenten ist hierbei so gut wie ausgeschlossen, denn die örtliche Entfernung zwischen beiden muß mit der Entziehung von Industrieprodukten bestimmten Charakter, wie Eisen und Kohlen, Seiden- und Baumwollfabrikaten usw. immer länger werden. Der Handel übernimmt die Vermittlung, und diese wird um so notwendiger und vielfältiger, je größer und bunter das Fabrikatensortiment der Verzehrgüter aller Art wird, die in den Großstädten zusammenkommen.“

Bekanntlich ist es mit der Hinterversorgung der in diesen Kaufmezzentren der ständigen Menschen. In dem Maße, wie die Stadtbewölkerung wächst, verliert sie die unmittelbare Verbindung zu der vor der Stadt wohnenden Landbevölkerung und den ansässigen Handverarbeitern. Der Handel muß auch hier eingreifen. Der Lebensmittelbedarf unserer Millionenstädte kann nicht durch Wochenmärkte, zu welchen die bäuerliche Bevölkerung landwirthschaftliche Gemüse, Butter, Eier usw. her einbringt, befriedigt werden. Immer längere Verkehrsabstände muß der Handel von diesen Konsumtionszentren ausgeben, nur eine ausreichende Fleischzufuhr, Milchversorgung usw. höher zu stellen. Die Warenzufuhr, die aus dem Lande nach eine große Rolle spielt, kommt bei der häufigen Bevölkerung mehr und mehr in Wegfall. Auch diese Aufgabe fällt dem Handel zu.“

Das darf man doch nicht einfach vorbeischieben oder mit ein paar nebenhässlichen Lebensarten abmachen, nur weil sich daraus ein Nutzen der Kolonien für den Handel nicht berechnen läßt. Die Mitte des deutschen Handels ist keineswegs nur von den auswärtigen Beziehungen abhängig, das Wachstum des heimischen Marktes ist mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger. Damit befreiten wir natürlich nicht, daß auch der auswärtige Handel mit den auswärtigen Beziehungen der Industrie ihre ungenügende Bedeutung haben. Wenn nun gesagt wird, die deutsche Industrie kann ihre Mitte nur von dem Lande, wenn sie bei der Versorgung mit Rohstoffen „vom Auslande unabhängig“ wird, so fragen wir uns, was

damit gemeint sei. Es kann der Fall eintreten, daß während eines Krieges ein Rohmaterial nach Deutschland herbeikommt, sei es, daß der feindliche Staat selbst der Lieferant ist, sei es, daß er mit seiner Kriegesflotte die Einfuhr hindert. Das wäre natürlich sehr schlimm. Aber dann können uns die Kolonien doch auch nicht helfen. Denn wenn der Feind die Schiffe aus Amerika nicht heranzieht, dann doch ganz sicher auch nicht die aus Kamerun oder Zogo. Der Fall kann also nicht gemeint sein. Dann läme der andere Fall in Betracht, daß in Friedenszeiten irgend ein Staat uns seinen Rohstoff liefert, sei es, weil er nicht kann oder weil er wegen einer diplomatischen Vertiefung oder Verdrängung nicht will. Dann folgen die deutschen Kolonien dafür Ersatz leisten.

Das ist offenbar der Fall, den die Vertreter der Kolonialpolitik im Auge haben. Aber da kann man wirklich nur den Kopf schütteln und fragen, ob das ein solcher Ersatz sein soll oder ob es ernst gemeint ist. Auf doch das Reichsarchivblatt in demselben Aufsatz mitteilen, daß die gesamte Ausfuhr aus sämtlichen deutschen Kolonien im Jahre 1908 nur einen Wert von etwa 40 1/2 Millionen Mark erreicht hat, worin aber nur etwa für 30 1/2 Millionen Waren nach Deutschland gingen! Nicht wahr, das macht sich recht stillisch aus neben den 7700 Millionen, die Deutschland 1908 insgesamt eingeführt und verbraucht hat! Da werden wir ja in Zogo, Kamerun und Ostafrika reichlichen Ersatz finden, wenn uns einmal Amerika seine Baumwolle oder sein Kupfer, Brasilien seinen Kaffee liefert.

Nun tun sich die Vertreter der Kolonialpolitik viel darauf zugute, daß der Handel mit den Kolonien zugenommen hat. Ihre Ausfuhr, die jetzt, wie gesagt, etwa 40 1/2 Millionen ausmacht, hat 1898 erst 11 Millionen betragen. Aber nun aber daraus schließen wollen, daß das so weiter gehen wird, der würde arg enttäuscht werden. Der bekannte Dr. Paul Kochbach, einer der eifrigsten Vertreter der Kolonialpolitik, hat in seinem Buche „Wie machen wir unsere Kolonien rentabel?“ festgestellt, daß von allen deutschen Kolonien in Afrika einzig Ostafrika ein positives Ergebnis, die anderen dagegen sämtlich von einer nur mäßigen Fruchtbarkeit sind. Und die Fruchtbarkeit von Südwest ist ja bekannt. Es wird natürlich möglich sein, die Erträge dieser Länder noch etwas zu steigern, aber doch niemals so, daß sie einen Ersatz für die Produktion der großen Kolonialreiche bieten.

Genau so steht es mit dem Absatz deutscher Waren nach den Kolonien. Die gesamte Einfuhr in die Kolonien betrug 1908 rund 92 Millionen Mark, wovon Deutschland etwa 57 1/2 Millionen geliefert hatte. Neben einer Total-Ausfuhr des Deutschen Reiches von 6400 Millionen! Auch hier hat eine Steigerung stattgefunden, 1898 führten die Kolonien nur für etwa 21 Millionen Mark ein. Aber auch hier darf man sich keinen großen Hoffnungen hingeben. Aber soll denn dort kaufen? Die gesamte weiße Bevölkerung in allen Kolonien, Schutztruppe und Beamte mitgerechnet, betrug 1908 noch keine 18 000 Personen. In Zogo, Kamerun, Ostafrika kann sich der Weiße überhaupt nicht dauernd aufhalten. Nur in Südwestafrika kann er das Klima ertragen. Aber dieses Land ist unfruchtbar. Hören wir bedauernd in seinem genannten Buche, daß bei einer Aufstellung des gesamten nutzbaren Landes in Zukunft vielleicht einmal 50 000-100 000 Seelen dort von der Landwirtschaft werden leben können. Dazu in den Städten Arbeit finden ebenfalls viel. Es ist also sehr hoch gerühmt, wenn wir annehmen, daß nach Durchführung eines sehr intensiven Kulturarbeit, die das Maß der Bevölkerung nehmen müßte, in sämtlichen deutschen Kolonien etwa 200 000 Weiße werden leben können. So viel die in einer deutschen Mittelstadt! Wer sich also nicht der Hoffnung hingibt, daß die Regier bald massenhaft Schürzen und Unterhosen tragen werden, der wird auf einen einigermaßen ins Gewicht fallenden Verkauf deutscher Waren nach den Kolonien wohl nicht rechnen dürfen.

Um Marokko.

Neue Urkunden.
 Im Suesgebiet, dem Hinterlande von Agadir, sind nun, wie gestern schon kurz berichtet, die erwarteten Urkunden öffentlich ausgedrungen. Der Rath von Tanger hat „Europäern“, d. h. Agenten von Mannesmann, Rand verlausst; darum ziehen nun die Eingeborenen vom Marokkaland, die keine europäischen Niederlassungen dulden wollen, gegen den Rath und „ihren Räuber“, wie es eben nach dem Kriegesfalle unglücklichster und zivilisierter Staaten Brand ist. Die Rebellanten der alldeutschen Zeitungen müssen wahrscheinlich selber dazu lachen, wenn sie jetzt schreiben, da sehe man, wie nötig die Entsendung der Rhein und Agadir gewesen sei, und Herr v. Aderers-Engländer nicht den Franzosen die doch ganz richtig die Urkunden angestrichelt, daß die Hälfte von Tanger hat. Die Franzosen würden Herrn v. Aderers-Engländer, wenn er nach den alldeutschen Anschlüssen handeln würde, sofort scharf machen gegen die Franzosen, woher er denn wolle, daß die Urkunden von Franzosen und nicht

von Mannesmannagenten angezettelt seien. Die Behauptung der Täglichen Rundschau, die Sache könne nur so und so sein und nicht anders, gilt im diplomatischen Verkehr noch nicht als dokumentarischer Beweis. Was aber die Wichtigkeit der Entscheidung der Berlin nach Agadir betrifft, so wo die Mannschaften höchstens bis zu 20 Mann unbefristet ein Verbleiben haben dürfen, so fei bemerkt, daß Landant von Agadir etwa 100 Kilometer in der Luftlinie entfernt ist, eine Distanz, die dort natürlich etwas ganz anderes bedeutet als eine entsprechende Entfernung in Europa.

Wohr Genes als die Urkunden im Suesgebiet dürften den leitenden Stellen des Deutschen Reiches die „marokkanischen Urkunden“ bereiten, die im Innern des Landes ausgebrochen und die Metelion unserer alldeutschen Mäns gegen ihren preußischen Sultan nimmt trotz aller offiziellen Entschuldigungen immer bedenklichere Formen an. Die Welt, die gestern erst wieder von der Nordd. Allg. Ztg. in der größten Breite angegriffen worden war, zeigt sich gar nicht geduldet, sondern antwortet ganz kühl, ohne „patriotische Notwendigkeit“ sei die Person Wilhelms II. nicht in die Debatte gezogen worden, er habe diese Kritik durch sein ununterbrochenes Dersaustreten in die Öffentlichkeit selbst verschuldet, und die Abwertung von Sinesimünde entsprechende seiner Biologie. Die Welt sieht also noch immer in Charakter Wilhelms II. die Ursache der im unermesslichen Werdung im Kurse der deutschen Vorkolonialpolitik. Gegen das Regierungsbüro direkt sich wendend sagt sie:

Die Nordd. Allg. Ztg. hat oft so die Welt und die Welt hat oft so die Nordd. Allg. Ztg. so sagen. Aber die Welt weiß, daß sie davon, besonders in der letzten Zeit, einen recht richtigen Gebrauch gemacht hat. Noch vor kurzem erklärte sie unsere Meinung von dem bevorstehenden Rücktritt des Oberpräsidenten von Posen für eine freie Erfindung. Heute weiß die ganze Öffentlichkeit, daß die Nachricht richtig war und bleibt, trotzdem sie die Norddeutsche vor einiger Zeit als „freie Erfindung“ bezeichnete. Es würde nicht schwer fallen, noch mehr bezügliche Behauptungen der Nordd. Allg. Zeitung anzuführen, die sich nachher als Humorscherz in einem herausgestellt haben.

Nach dem regelmäßigen Gange über das offiziöse Recht auf Agadir hat die Welt, das hat auch die neuen Kaiserliche“ gegeben hat, fort, immer neue Zusätze aus hohen Kreisen abzubringen, in denen ihm Dank und Anerkennung für den bekannten Artikel gegen Wilhelm II. ausgesprochen wird. So schreibt ein Hofprediger a. D.: „Es ist mir ein Herz anbedürfnis, es Ihnen mit innigstem Danke auszusprechen, daß Ihr von der Nordd. Allg. Ztg. so scharf angegriffene Artikel mir aus der Seele geschrieben war.“ Ein Verwaltungsgerichtspräsident spricht seine „volle Hebeerkennung“ aus.

Ein Generalleutnant aus den großen Kriegen postet los: „Wenn schon ich überzeugt bin, daß unendlich viele christlichen Preußen und Deutsche Ihren Artikel mit innerem Zweifel begrüßt haben, so möchte ich zunächst sagen, daß ich von der ersten Sekunde an und soeben auch weiterhin, daß wohl alle meine Altersgenossen mit mir fürchten, daß diese Agadir-Geschichte mit Emden und Samoa erben wird... Die elende Norddeutsche preßt aber die Westminster Gazette... Was ist Ehre? Siehe Kaiserliche Monolog! Kann Ehre ein Bein ansehen, eine Flotte schaffen, als wol Ehre ist nicht als wir.“ Ein Stadtbürgermeister, Bezirksvorsteher, Vorstandsmittglied eines konservativen Wahlvereins meint, die Welt habe „durchlos die ganze Wahrheit“ gesagt. Tausende von christlichen Vaterlandskunden länden hinter ihr.

Schließlich schreibt ein bekanntes Mitglied der freikonservativen Partei: „Seien Sie überzeugt, daß die Weltgeschichte aller freikonservativen Parteigenossen er wohl und ganz dem Sinne Ihres Artikels Zustimmung. Ein von der Gesamtbevölkerung einerseits Parteilich würde den Herren um das Welt mit aller Deutlichkeit vor Augen führen, daß die Weltzahl der Mitglieder unserer Wahlvereins ganz entschieden auf die Duldung der Realisationsmehrheit in Sachen der Verfassung für die Reichsländer sind billige... Wenn die Regierung weiter warte, so sind wir eben so frei, uns mit Einzel einmal, S. r. Majestät allergetreue Opposition“ zu nennen.“

Offenbar ist sich einmal der sogenannte Patriotismus der konservativen Kreise ungeladmet.

Ein monarchistisches Blatt nennt Wilhelm II. einen „valoureux poltron“, d. h. in östlicher Deutsch übertragen, einen Mann, der immer er wohl und ganz dem Sinne Ihres Artikels Zustimmung. Ein von der Gesamtbevölkerung einerseits Parteilich würde den Herren um das Welt mit aller Deutlichkeit vor Augen führen, daß die Weltzahl der Mitglieder unserer Wahlvereins ganz entschieden auf die Duldung der Realisationsmehrheit in Sachen der Verfassung für die Reichsländer sind billige... Wenn die Regierung weiter warte, so sind wir eben so frei, uns mit Einzel einmal, S. r. Majestät allergetreue Opposition“ zu nennen.“

So sehen die patriotischen Staatsstühlen, wenn Wilhelm II. ihnen nicht zu Gefallen ist! Die Sozialdemokratie muß sich das gut merken.

Auf normale Werte.
 Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt am Montag ein hervorragender Stelle eine Meldung des Inhalts:
 Westfalen, Emden und Staatssekretär v. Aderers-Engländer hatten gestern nachmittags eine kurze Unterredung. Bekanntlich wird eine neue Bestimmung im Laufe der

Wache stattfinden. Der Austausch der Anführer erfolgt im weiter in normaler Weise.

Nach neueren Meldungen hat am Montag wiederum eine Besprechung der beiden zünftigen Diplomaten stattgefunden. Die französische Regierung dürfte, so lautet eine Vorläufige Mitteilung, falls sich das Berliner auswärtige Amt dazu entschließen sollte, der Presse eine Mitteilung allgemeiner Art über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen zugehen lassen. In Paris erwartet man bald eine beratende Publikation.

Politische Uebersicht.

Salle a. S., den 15. August 1911.

Wahl-Neuigkeit.

Das durch den Tod des Abg. S. u. g. freigewordene Reichstagsmandat für Konstanz-Bezirke wird wohl zu einem heftigen Kampf zwischen Zentrum und Nationalliberalen führen. Die Württembergische Volkszeitung tritt sich nun einseitig damit, daß sie sagt:

Die Zentrumswähler haben in Schlimmen Tagen fast zum Zentrum gehalten. Sie haben sich im Jahre 1908, als sich der böhmische Regierungschef des Reiches der jetzige Minister des Innern Reichert von und zu Boden, mit der größten Anhängerschaft demselben, den schlichten Finanzmann zu wählen, nicht blenden lassen; sie haben im Zentrum die christliche Volkspartei gesehen gelernt und werden das Gedächtnis des verstorbenen Reichens ehren durch die Treue zu seinen Prinzipien!

Die deutsche Tageszeitung möchte dem Zentrum gerade jetzt den Kampf am liebsten erlauben, sie meint nämlich:

Der Preis kann also wohl nicht als unbedingt sicher für das Zentrum angesehen werden. Das bevorstehende Reichstagswahlrecht eine Neuwahl noch zweckmäßig sei, ist fraglich. Immerhin wird man kaum umhin können, sie anzuerkennen.

Es wird ihnen nichts weiter übrig bleiben, als in den lauren Spiel der Nachwahl zu bleiben.

Landtagsabschluss in Württemberg.

Der württembergische Landtag ist Sonnabend mittag auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Bei der Schlußabstimmung über das Finanzgesetz (Budget) stimmte die sozialdemokratische Fraktion mit (ein). Die letzten Sitzungen der Zweiten Kammer wurden in der Hauptfrage mit langen Debatten über die Regierungsvoranschläge zur Vereinfachung der Staatsverwaltung ausgefüllt. Es zeigte sich, daß zu einer wirksamen Vereinfachung des bürokratischen Verwaltungsapparates nur die Sozialdemokraten bereit sind, während die bürgerlichen Parteien den Preis zahlen möchten, ohne ihn auch zu machen.

Eine Sitzung bot auch eine treffliche Gelegenheit, dem Bauernbund und dem Zentrum die dauerntunliche Mäße vom Gesicht zu reißen. Die infolge der Hitze drohende allgemeine Futte r o t hatte die bündlerische Fraktion veranlaßt, eine Anfrage an die Regierung zu richten, in der die unentgeltliche Abgabe von Wald- und Laubholz aus den Staatswäldern verlangt wurde. Bei dieser Gelegenheit sollte die sozialdemokratische Fraktion die Frage der Futtermittelhilfe auf. Ein völksparteilicher Abgeordneter stellte infolge dieser Anregung den Antrag, die Regierung möge im Bundesrat übergehende Aufhebung der Futtermittelhilfe, insbesondere des Maisgesetzes, verlangen. Und was geschah? Zentrum und ein Teil der Nationalliberalen stimmten gegen die Zulassung des Antrages bei dieser Beratung und damit war es unmöglich gemacht, der Regierung einen solchen Auftrag zu erteilen.

Von den Schwarzen.

Sonntag, den 13. August, fand in Nienburg der 15. Katholikentag Schlußtag des Jahres statt. Nachdem einige katholische Zentrumsführer und ein leitender Arbeiter gesprochen hatten, erhielt Herr Dr. Sonnenstein von der Kirchen-Glaubens-Zentrale des katholischen Volkserbes das Wort zu einem Vortrage über den Materialismus; er kam dabei auch auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Da in der Versammlung auch viel Landwirte und Mittelständler anwesend waren, glaubte er wohl, mit der Wahrheit herauszufinden

zu können. Wenn die Bewegung auf die christlichen Gewerkschaften sagte er schließlich:

„Der Kern und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist durchaus konservativ. Wie die Sache augenblicklich liegt, kann ich Ihnen versichern, daß die bedeutendsten konservativen Führer und unsere bedeutendsten Staatsmänner — ich will keine Namen nennen — eingesehen haben, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die christlichen Gewerkschaften hoch zu halten, so wie es wolle, um die sozialdemokratische Sozialist zurückzudrängen.“

In Mainz nahm eine von 6000 Personen besuchte Volksversammlung, in der die Genossen Erdmann und Maurenbrecher sprachen, Stellung zum eben beendeten Katholikentag. Die Gelegenheit wurde benutzt, nicht nur der schwarzen Garbe im Regierungsbild Kampf anzulegen, sondern auch gegen die Kriegserklärung und die Marzoff-Politik zu protestieren. Die Versammlung verlangte sofortige Einberufung des Reichstags.

Das Zentrum keine Konfessionelle Partei. Die Partei über die fideles Spielmaße für sich die Württembergische Volkszeitung aus (Wörter) mittelt:

Bei der heutigen Stadtratswahlentscheidung zweiter Abteilung haben sämtliche fünf Kandidaten des Zentrums mit großer Mehrheit gesiegt. Von den 42 Stadtratsordnenmandaten befinden sich nämlich 33 in den Händen der Zentrumspartei. Vizebürgermeister Erbe, einer der gewählten Kandidaten der Zentrumspartei, ist Protestant. Durch seine Aufstellung hat das Zentrum abermals bewiesen, daß es keine Konfessionelle Partei ist.

Wer weiß, aus welchen lokalen Gründen man diesen protestantischen Bürgermeister mit auf die Liste des Zentrums gesetzt hat. Aber in irgend einem Wahlkreis liegt doch kein Beweis, daß das Zentrum keine Konfessionelle Partei ist. Der Fraktion des Zentrums im Reichstag haben bekanntlich früher auch die evangelischen Wahlen angehört, deshalb konnte man doch nicht behaupten, das Zentrum habe aufgehört zu sein, was es stets war, nämlich eine Konfessionelle Partei.

Die belgische Massendemonstration.

Ein Schwarm der Wahlrechtstämpfer. Eine gewaltige Demonstration fand am gleichen Wahltage statt am heutigen Dienstag in Brüssel stattgefunden. Die Sozialisten, die Liberalen und christlichen Demokraten wurden für das allgemeine gleiche Wahlrecht und für die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts eine Demonstration veranstalteten, zu der Teilnehmer aus dem ganzen Lande in mehr als 125 Extrazügen die ganze Nacht über eintrafen.

1000 Gewerkschafter aus verschiedenen Teilen Belgiens sind bereits in Brüssel zusammengezogen worden, um eventuelle Aufstürzungen zu verhindern. Der Anmarsch beginnt um 10 Uhr vormittag und wird mindestens drei Stunden in Anspruch nehmen. Die Zahl der Manifestanten wird auf 150 000 bis 200 000 veranschlagt. Die Anführer heben sich nach dem St. Gillespark, wo sie einen C o n g r e s s ablegen, nicht eher zu rufen, bis das Schlußgesetz zurückgezogen und das allgemeine gleiche Stimmrecht in Belgien eingeführt sein wird. Die Kundgebung war ursprünglich nur von den Sozialdemokraten angeleitet worden, doch haben sich die Liberalen angegeschlossen. In Deutschland wäre ein solches Vorgehen des Liberalismus nicht denkbar.

Deutsches Reich.

— Wegen der Futternot fand im bayerischen Ministerium des Innern am Montag eine Konferenz statt. Es wurde festgestellt, daß die Einfuhr ausländischen Getreides überflüssig sei; dagegen müßten die Landwirte viel mehr Grünfutter verwenden. Die bayerische Regierung gibt zu deren Ankauf u n v e r z ä m l i c h e V o r s c h l ä g e und genehmigt bedeutende Zuschüsse zu machen. Die Wähler sollen in diesem Jahre nicht eingekauft werden. — In P r e s s e n r i c h t e r ist noch nicht zu sehen.

— Aufkündigung des Militärvertrages. Das Garnisonkommando der Stadt M ü l h e i m (Rhein) teilte dem Kommando der Franzosen des niederrheinischen Industriebezirks mit, daß in Zukunft von der Verhängung eines dauernden Militärvertrages über solche Wirtschaften, deren Räume vorübergehend für Versammlungen der Sozialdemokratie oder der freien Gewerkschaften bereit stehen, abgesehen werde, wenn die Verant-

worten vorher dem Garnisonkommando angezeigt werden und die Wirtin am Versammlungstage das Betreten des Raumes den Soldaten durch ein außen angebrachtes Schild verbieten. Ferner wird die Verhängung gestellt, daß trotz des Eintritts-verbots Einführen nichts verbotlich wird.

— Vollziehungsamt des dem „freien“ Baden. In der liberalen Presse wird berichtet:

Gedenheim (A. Schwaben). Anlässlich des Maurerstreiks ist die hiesige Garnisonverteilung zur Verbüßung von Ausstreichungen durch ein größeres Aufgebot von auswärtigen Gendarmen verstärkt worden. Die Wirtshäuser müssen bis auf weiteres um 10 Uhr abends geschlossen werden. Also das freie wie zu Anfang und Anfang, wo für die Gendarmen noch besondere Bewachungsposten gerichtet wurden. Man schätzte die Wirtin, ohne daß ihnen etwas Unrechtes nachgewiesen werden kann. In Karlsruhe ist heute noch das Militärverbot über eine Wirtshaus verhängt, weil zur Zeit der Auslieferung in diesem Winter dort die organisierten Soldatereise vertriehen.

— „Anlässlich.“ Die Welt am Montag veröffentlichte in ihrer Nummer vom 7. August eine Skizze, in der unter der Überschrift Ich bin ein Mädchen für Geld das Schicksal einer Prostituierten geschildert wird, die durch einen Polizeibeamten aus dem Verkehren herausgerissen und der Prostitution in die Arme geworfen wurde und demnächst verurteilt wird. Die Skizze ist nicht durch die realistische Schärfe, mit der das Schicksal der Geschwinderin dargestellt wird, erschütternd. Jetzt ist die Berliner Polizei zum Staatsanwalt gelaufen, der am 9. August die Verhaftung der Welt am Montag beantragte, die denn auch beschlossen wurde. Die Welt am Montag rüchelt in dieser Angelegenheit auf das Berliner Polizeipräsidium die Anfrage:

wie es sein Vorgehen mit den Gesetzen im Einklang bringen zu können glaubt. Der Befehl des Amtsrichters datiert vom 9. August. Die erste Stelle, der dieser Befehl ausgestellt ist, ist in Berlin, wo er, wie unter Verlag gewesen, statt dessen hat die Polizei am 11. August bei den Däumlein bereits konstatiert, um jedoch erst am 12. August 11.20 Uhr den Befehl übermittelt, nachdem vorher nochmal der Befehl gemacht worden war, bei uns die Verhaftung ohne Vorweisung der gesetzlich vorgeschriebenen Urkunde vorzunehmen.

Die Welt am Montag wird lange auf eine Antwort der Berliner Polizei warten können.

— Ein Kaiserentbild. In Zürich erhob beim Wortwechsel der Schreiber Adenauer in der Kaiserin den Unteroffizier Köste. Schreiber löste sich darauf selbst durch einen Schuß.

Norwegen.

Das konstitutionelle Königtum. Als im Jahre 1905 die schwedisch-norwegische Union aufgelöst wurde und der alte König von Schweden abgesetzt wurde, hat die norwegische Regierung die Forderung, sich einen neuen König herauszuwählen, obwohl die demokratische Entwicklung ihres Landes eigentlich zur Republik führen mußte. Inzwischen haben die Norweger jedoch ihrem neuen König nach und nach auch das Wenige an Macht und Einfluß gewonnen, das dem letzten Schwedenkönig auf Grund der norwegischen Verfassung noch zustand. Der letzte Akt dieser „königlichen Macht“ ist Ende der verflochtenen Mode vom Storting aus der Verfassung beseitigt worden. Es hieß bis jetzt im § 31, daß alle vom König selbst ausgefertigten Befehle, a u s g e n o m m e n m i t t e r l i c h e s i n n e n, wenn sie Gültigkeit erhalten sollen. Nun hat das Storting beschlossen, und zwar einstimmig, daß jene die militärischen Dinge betreffende Ausnahmestellung gestrichen wird, so daß jetzt tatsächlich alle „Befehle“ — wie es jetzt heißt — des Königs nur mit der Unterschrift des betreffenden Ministers, der sie ihm vorgetragen hat, Gültigkeit haben. Von praktischer Bedeutung ist der Befehl eigentlich nicht, denn der König hatte schon bisher über das Militär ebensowenig wie über irgend eine andere Angelegenheit des Landes zu beschließen oder zu befähigen. Es geht eben nur, die geschriebene Verfassung mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen. Der König darf das Land repräsentieren, soweit er Auftrag dazu hat, er muß das unterschreiben, was ihm von der Regierung, über deren Zusammenfassung das Storting entscheidet, zur Unterschrift vorgelegt wird, und dafür erhält er seinen Lohn. Schränkt man seine verfassungsmäßigen Rechte ein, so muß er sich das ruhig gefallen lassen, denn das suspen-

Das Monopol. (Nachdr. verb.)

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Kuhl's.

Es war zur Zeit der großen Messe gewesen, als die Mutter Katafcha hat für einige Zeit ihre Arbeit an den Nagel zu hängen und ihr im Gedächtnis — natürlich nur beim Verlaufe — zu helfen. Katafcha wollte davon nichts wissen. Da brach Dmitriewna in Tränen aus, nannte sie eine unankurbare Tochter, fragte über Wächterinnen, über Einflüsse, und nicht sie an, Mittel mit ihr zu haben. Wegen die heißen Witten war Katafcha weiches, denn sie hatte ein gutes Herz und konnte niemand leiden sehen, am allermeisten die Mutter. So entschloß sie sich denn, das Dvör zu bringen, erweichte sich bei ihr Prinzipalin einen längeren Urlaub, denn man ihr als fleißigen Mädchen nach der langen, mannterbrechenden Arbeitszeit gedachte, und ließ sie schon nach wenigen Tagen zur Mutter über.

Und da hat die Mutter sie, mit der Kundigkeit recht freundlich umgeben; natürlich sollte sie niemand erlauben, ihr zu nahe zu treten; aber sie ist ein sehr hübsches Mädchen geworden, und das wurde die Männer anzusehen. Die Geschäfte gingen so flüchtig, daß etwas gezeichnet müßte, sonst müßte die Stube zugelaufen werden, und sie — die alte Frau — könne schließlich auf der Straße betteln gehen.

Da übte sich Katafcha verflüchtigt, der Mutter nach Kräften zu helfen. Und da sie auf die verdorbenen Wollfäden, welche diese Kruppen zu beklagen pflegten, einen großen Reiz ausübte, wußte die Zahl der Besucher, von denen ein jeder hoffte, sie schließlich doch noch „herumzutragen“.

Katafcha aber sah sich nach dem Ende der Messe. Dann hatte die Mutter keinen Vorwand mehr, sie noch länger bei sich zurückzuhalten, und sie konnte sich wieder ihrer liebgeordneten Beschäftigung widmen.

Sie liebte es, des Sonntags oder an den hohen Festtagen, die Straße zu betreten, die ihr die einzige „geheim“ Anerkennung, welche ihr von Jugend an geboten wurde, wenn sie auch das meiste, was sie dort in kirchlichenmündiger Sprache hörte, weder verstand noch begriff, und ihr Gebet ließ auf das „Golodni pomiluj“, das Befehligen, das Wiederfallen auf die Knie, Betören des Hühnerchens mit der Stirn, das Aufreden von Madenflüchten zu Ehren der Heiligen und das fursätzliche Betören und Küßen der Heiligenbilder und Reliquien beschäftigte.

Als Katafcha eines Sonntags aus der Straße nach Hause gekommen war, empfing die Mutter sie besonders zärtlich, lobte sie für ihre Frömmigkeit und erinnerte sie daran, daß eines der vornehmsten Gebote Gottes von den Kindern verlan- gelte, daß die Vater und Mutter ehren, das heißt, ihnen in allen Dingen gehorchen sein sollten. Da nun Katafcha keinen Vater mehr habe, so mußte sie die Worte der Mutter um so mehr beherzigen. Katafcha hatte darauf die Mutter fragend und verwundert angesehen. Da begann jene zu meinen und liehte sie an, sie vor dem Unterzogen zu retten. Das Geschäft sei zu verfallen, daß Geld geschafft werden müßte; sonst würde alles unter dem Hammer verkauft und sie und Gewerkschaft auf die Straße geworfen werden. Katafcha könne ja wieder sofort zu ihrer Prinzipalin zurück, was solle aber sie, die gealterte Frau, und der arme hellenlose Gawrjuscha anfangen? Aber auf welche Weise kann und soll ich denn helfen? hatte Katafcha ganz beherzt gefragt. „O, nichts, durckaus nichts Unrechtes“, war Dmitriewnas Antwort. „Es wird nämlich heute anders ein reicher Herr kommen, und du sollst ihm in der Wohnung Gesellschaft leisten. Er hat dich gesehen und möchte gar zu gern mit dir bekannt werden. Ja, und ein hübscher Bekanntschaftsabend doch nichts. Was weißt, vielleicht hast du mit ihm Glück und machst noch eine glänzende Partie!“ Als Katafcha sich jedoch entschloß, wegzugehen, dem Ansuchen der Mutter Folge zu leisten, da besah sie ihre Schläfen und Wimpern, aber doch zu spät. Der reiche Herr hatte bereits den Fuß auf die Treppe gesetzt, mit Dmitriewna ihre Schulden bezahlen konnte. Katafcha solle nur hübsch freundlich und liebenswürdig zu ihm sein — sonst nichts. Und wenn der Herr dich das Geld gegeben hätte, so könne sie ihn ausladen nach Verzeßluft. — Inzwischen war auch Gawrjuscha erschienen und redete man herzlich, und der Alten auf Katafcha ein. Nichts, rein gar nichts! kein pa- rieren, — so argumentierte er, denn wenn der fremde Herr sich nur irgendeine Freude erlauben sollte, so könne sie ja nach Hilfe rufen, und dann würde der Herr mit Gawrjuschas hübschen Bekanntschaft zufrieden sein. Katafcha war eines sehr reichen Kaufmannes und Fabrikanten, und ein sehr einflußreicher Mann. Dafür könne er, Gawrjuscha, mit seiner Ehre einsehen.

So ließ Katafcha sich schließlich überreden, der Mutter den Willen zu tun.

Der erkrankte Gatt erklärte schon sehr zeitig. Es war ein noch junger Mann mit nicht unruhigen, aber verführerischen Augen und matten, glanzlosen Augen. Als er Katafchas anständig wurde, leuchteten seine Wäde auf und schienen die schöne, jugendliche Gestalt vor ihm verbergen zu wollen. Er be- grüßte sie mit ausgebreiteter Handfläche und so unangelegentlich, daß

Wohnstube der Mutter trat, sah sie, daß der Tisch mit aus- erlesenen Speisen und Getränken reich gedeckt war. Solch schöne, kostbare Sachen, wie da zu sehen waren, hatte sie noch nie gesehen. Der junge Mann, der sich Redor Hedorowitz nannte, sagte ihr nun, daß er alles in der ersten Delikatessen-Veranstaltung selbst ausgeführt hätte, denn Katafcha solle sich einmal ein wenig das Essen machen. Und so, als ob sie ein Appetit von all den Lederetten und Delikatessen, trant auch nach langem Warten ihres Gesellschafters zuerst nur ein, dann aber noch ein und sogar einige Gläser süßen Weines und eines herrlich schmeckenden Sekt, denn wie Redor Hedorowitz behauptete — etwas ganz Spezielles für Damen sei.

Und dann hatte ihr der Kopf angefangen zu schwindeln. In der dumpfen Stube war es ihr so drüßend, so heiß geworden. Sie wollte hinaus in die frische Luft. Und Redor Hedorowitz war gern bereit, mit ihr eine Spazierfahrt zu machen. Sowar eine elegante Droschke ihm bereits vor der Tür. Galant hob der junge Mann, nachdem er sich von Dmitriewna verabschiedet und ihr noch bedeutungsvoll etwas in die Hand gedrückt hatte, Katafcha in den Wagen. Da kam es ihr vor, als sei sie jetzt eine noble Dame. Sie lehnte sich in das weiche Polster zurück, und da, da begann sich alles um sie her im Kreise zu drehen und sie sich in Gedanken zu verlieren. Und sie selbst — sie mußte lachen, so lustig, so lustig, so lustig, so lustig, so lustig in ihrem ganzen Leben nicht getan hatte. Und wo sie denn mit Redor Hedorowitz hingefahren, was weiter mit ihr ge- schehen war, davon wußte sie nichts mehr.

— Er sah sie an anderen Morgen mit hübschem Kopf und heilig schwebend. Derzeit in einem sehr eleganten Zimmer, auf welchem Polsterbett an seiner Seite erwauchte, durckzuckte sie ein jeder, wider Erreden. Sie stieß einen lauten Schrei aus, sprang heilig empor und wollte entfliehen. Da merkte sie, daß ihre Kollente demantelt, ihre Röde gelöst waren und ihr von einem Oberdiensten her zu fallen drohten. Katafcha sah sich ab- müde, ihre Kleidung zu ordnen, erwauchte Redor Hedorowitz, der von den Erassen der Nacht übermüdet so tief geschlafen hatte, daß er Katafchas Schrei gar nicht gehört hatte. Verwundert hatte er sich aufgerichtet und sie angefaßt, denn im ersten Augenblicke schien er ihre Anwesenheit gar nicht begriffen zu können. Aber blühdnell war ihm die Erinnerung an den gel- trigen Abend, an die wolltätige Nacht zurückgefallen. Er be- sann sich auch, daß die Nacht eigentlich seinen Erwartungen nicht einmal entsprochen, da Katafcha durch den ungewohnten Genuß der besten Getränke hinlos betrunnen gewesen war. Jetzt war sie wach, jetzt konnte sie sein Gesicht erblicken. Das halb freude er wolltätig lächelnd die Arme nach ihr aus; aber sie wich schon zurück, hatte ihn einen Augenblick mit weit auf- gezeigten Augen anstarrt an, sah die Hände vor sich und

7. Seite 200, 201, 202.

1400 Mark.

Ein umfangreicher Vorschlag, den Kampf der Justiz gegen unsere Parteifreunde wieder einmal in fröhlichem Glanze zeigt, beschäftigt gestern das GutsMuthsches Schöffengericht. Es lagten im Privatverfahren gegen einen Genossen Sekretär Kasparel vier Eisenburger Fabrikanten, der Direktor der Eisenburger Mattmanufaktur, der Direktor der Deutschen Zellulosefabrik Dr. Müller und der bekannte Geschäftsführer des nationalen Arbeitersekretariats, Theodor Franke, ebenfalls in Eisenburg wegen öffentlicher Verleumdung zur Anklage. In demselben Verfahren und wegen dieses Jahres im Volksblatt veröffentlichte Artikel, die sich auf die Eisenburger Kuesperung bezieht, und die Spionage trugen: Entlarvte Terrorisismuschwinder — Vom Kampf in Eisenburg und Kombiantenland.

Genosse Kasparel übernahm für die veröffentlichten Artikel die Verantwortung und erklärte bezüglich der darin aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis erbringen zu wollen. Nach der Verlesung der Artikel erklärte er, einige in dem Artikel enthaltene Ausdrücke seien allerdings falsch, aber durch die Maßnahmen der Unternehmer gegen die Arbeiter bedingt gewesen. Die Ursache zu dem Eisenburger Streik sei nicht der Streik in der Zellulosefabrik, sondern lediglich der Kampf um Sein oder Nichtsein des Nationalen Vereins gewesen. Auf der letzten Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller habe der frühere Geschäftsführer jenes Verbandes, W. u. e. schärfere Maßnahmen gegen die Arbeiter — Auspersperungen u. s. w. — empfohlen und besonders auf das Industrieschicksal Eisenburg hingewiesen. Bald danach habe in Eisenburg der Kampf gegen das Konstitutionsrecht eingesetzt und man habe von den Arbeitern verlangt, den freien Organisationsformen den Rücken zu kehren und Mitglieder des Nationalen Vereins zu werden. Der sogenannte gelbe Verein habe heute etwa 300 bis 800 Mitglieder, während die freien Gewerkschaften 270 Mitglieder zählten. In der Zellulosefabrik ordnete man schließlich an, daß die Einstellung der Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis des Nationalen Arbeitervereins erfolge. Gegen diesen Zwang mußten sich die freien Gewerkschaften wehren, und sie bemühten dazu das Volksblatt, das in Eisenburg viel Abonnenten hat. Es wurde eine Verammlung abgehalten, in der man beschloß, sich dem Zwang der Unternehmer nicht zu fügen. Dann traten 800 Arbeiter in den Streik. Es riefen darauf die Arbeitsschlichter an, die unter letzter Vorherrschaft nach Eisenburg geschickt worden waren. Die Streikarbeiter überlebten dann mit Revolven u. s. w. Dagegen hätte das Volksblatt in einer großen Anzahl von Artikeln Stellung nehmen müssen. Die Eisenburger Zeitung vertrat den Unternehmerstandpunkt, während die Eisenburger Neuesten Nachrichten sich zunächst partiell auf die Seite der Streikenden stellten. Der Privatkläger Franke habe im Interesse der gelben Organisation und des Arbeitgeberverbandes viel falsche Nachrichten in das Unternehmerorgan lanciert, die eine scharfe Zurückweisung erforderten.

Franke, der früher einmal verurteilt haben soll, in der freien Gewerkschaft eine Rolle zu spielen, und dabei jedenfalls nicht auf seine Rechnung kam, sagte, die Arbeiter der Zellulosefabrik hätten damals gar keinen Grund zum Streik gehabt. Der nationale Verein hätte einmal 881 Mitglieder gehabt und infolge der sozialdemokratischen Kampfesweise um 58 abgenommen. Der Mann stelle beweislose Behauptungen auf, nach denen die Mitglieder der freien Gewerkschaften bei der Kapitulation für ihre Verbände ablehnend bestanden hätten. Es soll man geschäftlich haben, gewissen Kreisen „die Hände über dem Kopf zusammen schlagen“ u. s. w. Behauptungen, die längst widerlegt sind. Privatkläger wollte es nicht haben, daß man seine Organisation als „Gelben“ bezeichnet. Genosse Kasparel erregte, daß sich nationale Arbeiter selbst als „Gelbe“ bezeichnet hätten. So wie man die Sozialdemokraten als die „Roten“ bezeichne, so nenne man die „Nationalen“ die „Gelben“. Franke besänftigt auch die Eisenburger Neuesten Nachrichten, die früher demokratisch gewesen wären, weil sie zu Belohnung Geburtszinsen einen Verleumdungsartikel gebracht hätten. Als daraufhin viele Bürger das Blatt als Heißhühner hätten, habe es eine andere Richtung angenommen.

Der Unternehmerverband, so erklärte Herr Franke auf Befragen, stehe dem Nationalen Verein sehr objektiv gegenüber. Der Verein bekomme keine Mittel aus Unternehmerkreisen. Auf die Frage des Genossen Kasparel, wer denn das nationale Arbeitersekretariat unterhalte, — ein Verein mit 800 Mitgliedern könne doch Franke nicht erhalten — meinte Herr Franke: „Ich kann hier ganz offen bekennen, daß die Wohlfahrtigen sind 500 Mark ausgegangen, wobei das Geld kam, das wissen wir heute noch nicht.“ — In seine Nationalen besäßen prächtige Häuser, und Genossin W. bereite mit Recht, daß ein Arbeiter die 500 Mark ganz sicher nicht gefandt habe. Daß einzelne Unternehmer dem nationalen Sekretariat Mittel verweigert hätten, konnte dem nach nicht mehr in Worte gestellt werden.

Hierauf wurde in die Vereinsaufnahme eingetreten. Im dem ersten Artikel hieß es u. a.:

„Im der schändlichsten Eisenburger Zeitung aufzufinden, schmiedet Th. Franke anonym und offen die Inzertentexte des Reichsverbandes mit allerhand Terrorisismuschwänden. So hieß es in einem von uns bereits abgedruckten Inzertat, daß bei einem hiesigen Gewerkschaftsmann ein auswärtiger Kunde einfallen wollte. Vor der Bekanntschaft hielten ihn jedoch einige Postenbesitzer an und zwangen ihn, seine Waren anderwärts zu kaufen. Ein anderer Geschäftsmann würde dieselbe Erfahrung machen; er erhielt von einigen Kunden die Mitteilung, daß sie schon seit einigen Tagen durch Postenbesitzer abgehalten wurden, bei ihm einzukaufen. Die Namen der Geschäftigen sollten im Bureau des Reichsverbandes zu erfahren sein. Wir haben diese Terrorisismuschwände von vornherein als eine französische Inzertentexte bezeichnet, die erfinden worden ist, um die Arbeiter zu hinterzuziehen. Erwerbten hielten es unsere Eisenburger Genossen für notwendig, der Schauermär auf den Grund zu gehen. Einige Personen gingen zu Franke, um sich zu erkundigen, wer die geschändeten Geschäftsleute seien. Franke, der angehendigt hatte, daß die Namen der Betroffenen bei ihm zu erfahren seien, wurde plötzlich sehr verzogen und machte allerhand Ausflüchte. Er meinte, das könne er nur der Woche mitteilen. Er habe den Betroffenen versprochen, die

Namen zu verschweigen. Auf dieses Drängen erklärte er noch, es seien zwei Materialwarenhändler, deren Namen er aber verschweige. Weiter war aus ihm nichts herauszubringen. Herr Th. Franke war also nicht in der Lage, den von ihm selbst angefertigten „Wahrheitsbeweis“ für sein neulichs Terrorisismuschwänden zu erbringen. Damit ist festgestellt, daß der ganze Inhalt des Inzertats von Anfang bis zu Ende erfinden ist und nur darauf berechnet war, die Geschäftsleute, die bis jetzt mit richtigem Instinkt von der laubhaften „Gewerkschaft“ erhalten haben, zumgünstigen der ausgeperserten Arbeiter zu beeinflussen.

Wer aber geglaubt hat, dieser Herr werde sich die erlebten Feindschaft merken und das Veröffentlichung von Terrorisismuschwänden einstellen, der hat sich stark geirrt. In der letzten Nummer seines Leib- und Magenblattes, der Eisenburger Zeitung, veröffentlicht er wieder folgendes Inzertat:

Wer treibt Terrorisismus? Der Mittergutspächter Schöbeler (Mittergut Berg) sollte der Deutschen Zellulosefabrik Kartoffeln für die Arbeitsschlichter liefern. Nachdem er einige Porten geliefert hatte, wurde ihm bedeutet, daß wenn er weiter Kartoffeln liefern, er seine Milch allein trinken könne. Ja, ihm wurde zu bestehen gegeben, daß seine Feindschaften und Adergerate dann nicht mehr sicher seien. Herr Schöbeler hat daraufhin die weitere Lieferung der Kartoffeln eingestellt. Es ist wirklich zu verwundern, wo die Sozialdemokratie da noch den „Mull“ hernimmt, von einer Schädigung der Gewerbetreibenden durch die Arbeitgeber zu sprechen. Th. Franke.

Was war nun bezüglich der selbigen Terrorisismuschwände zu dem? Der Zeuge Mittergutspächter Schöbeler erklärte, daß während die Zellulosefabrik bei ihm Kartoffeln bestellt habe, darauf sei ihm durch seinen Verwalter das Gerücht zu Ohren gekommen, er könnte durch die Lieferung möglicherweise Schaden haben, weil er auch teils abhängig sei. Er habe dann den Inzertator der Zellulosefabrik mitgeteilt, ob jene Fabrik die Kartoffeln nicht anderweitig beziehen könnte. Wenn sie aber auf die Lieferung bestände, dann solle sie die Kartoffeln gern bekommen. Inzertator Müller habe dann mitgeteilt, daß er die Kartoffeln anderweitig beziehen wolle. Damit sei die Sache erledigt gewesen. Davon, daß er seine Milch eventuell allein trinken könne, habe er nichts gehört. — Inzertator Müller bestätigte diese Angaben im wesentlichen, glaubt allerdings, daß dem Gerücht gehört zu haben, dem Mittergutspächter könnten möglicherweise Feindschaften und Adergerate bedingt werden. Zeuge hat über die Sache mit Franke gesprochen; diesem aber auch nicht gesagt, Schöbeler könne seine Milch event. allein trinken. Auch von Sozialdemokraten habe er Franke nichts gesagt. — Es wurde Franke vorgehalten, daß er mit dem Inzertat gewissenslos gelunfent haben müsse. Franke will nämlich das Inzertat vor der Veröffentlichung auch dem Inzertator Müller dem Wortlaut nach vorgelesen haben. Zeuge Müller bekennt aber, daß das Inzertat genau so gelautet habe, wie es heute vorliegt.

Bzüglich der Namensnennung der beiden Geschäftsleute, die hystoriert gewesen sein sollen, erklärt Franke, er habe damals nur Höflichkeitshinweisen gemacht, wenn er die Namen nicht nannte. — Kaufmann Wölle, Kassierer des Reichsverbandes, will sich hystoriert gefühlt und Schaden erlitten haben. Wer ihn hystoriert haben soll, darüber wußte er allerdings nichts Bestimmtes anzufügen. — Ähnlich äußert sich der auf nationalen Boden lebende Vorkämpfer Wegner, der freierseitig die nationalen Volkswirtschaften geteilt hermetisiert, die Volkstugenden vor den Streikenden oder Sozialdemokraten und die Polizei verantwortlich. Auf den Einwurf, die angeführten Stellen könnten ja auch Spione oder Probostreure der Gegenpartei gewesen sein, wußte Zeuge nichts Bestimmtes zu entgegnen. Er blieb bei seiner Vermutung. — Zeuge soll aber jene Vermutung erst bekommen haben, nachdem der nationale Geschäftsführer Franke mit ihm über den Postfall geredet hätte. — Es wurde die Eisenburger Zeitung, also ein gut „nationales“ Blatt vorgelegt, indem in einem Verleumdungsartikel mitgeteilt wird, die Streikenden besäßen in diesem Falle den Vorteil, um die Sympathie der Eisenburger Bürgerchaft nicht zu verlieren.

Stadtvorstandler Raute bestätigt, daß gelegentlich der Eisenburger Differenzen ein Postfall nicht verhängt worden ist. Eine ihm fälschlich imputierte Nebenart: „Es werde bald losgehen“, habe sich nicht auf den später ausgebrochenen Streik, sondern auf früher von Eisenburger Unternehmern ausgeheltene Entlassungsgewinne bezogen. Als im Stadtvorordnungsamt über ein zu erhaltendes Gewerbegebiet beraten wurde, habe er zweierlei Zeugnisse der Arbeiter vorgelegt. Die Inhaber derjenigen Zeugnisse, in denen der Sachordnungsamt enthalten“ fehlte, er selten keine Arbeit. Auch in Bezug auf andere Merkmale der Zeugnisse gelegentlich der Bauverleumdung habe er dann allgemein gesagt: Die Arbeiter werden mit dem Unternehmertum diesbezüglich schon einmal abrechnen.“ Diese Äußerung hatte mit dem späteren Streik nichts zu tun.

Nun folgte Franke's Wohnschwärden. Franke hatte auch öffentlich verbreitet, er sei durch die Sozialdemokratie aus seiner Wohnung vertrieben worden. Hierzu war die Hauswirtin Frau geladen. Zeugin erklärt auf Befragen, weshalb sie Franke gefandigt habe: „Der Franke war sehr anständig, er wußte, was er wollte, seine Stuben gemacht haben und hatte einen ausfauberen Gmund; deshalb kündigte ich ihm. Es ist von seiner Seite auf mich eingewirkt worden, ihn auszumieten. Daß diesbezügliche Gerüchte verbreitet worden sind, ist möglich, aber ein Grund auf mich ist nicht ausgeübt worden.“ — Die Märzpropheze Franke's war gründlich vorgebehalten. Auf eine Anspöhung bezüglich seines weidlichen Lebens, erklärt Franke, daß er nur einmal wegen Inzertats mit 15 Mk. Geldstrafe belegt worden sei.

Es war auch die Behauptung aufgestellt worden, den Arbeitern, die den Streik „grundlos“ inszeniert hätten, sei es mit ihren Einigungsverhandlungen nicht ernst gewesen. Diesbezüglich brauch bloß auf das scharfe Antwortschreiben des Unternehmerverbandes hingewiesen werden, das Bürgermeister Bellian auf eine an ihn gerichtete Eingabe der Geschäftsleute erhielt. Es lautete:

„Auf das eingegangene Schreiben vom 20. d. M. teilen wir Ihnen ergebend mit, daß wir nicht ohne Erkundigen von den friedfertigen Absichten der Petenten Kenntnis genommen haben. Es ist uns bekannt, daß gerade von einem Teile der

Interzeichneten die Arbeitgeber dadurch besänftigt wurden, daß sie an deren Arbeitswilligkeit die Lieferung von Waren und Leistungen verweigerten. Von einer Schädigung hiesiger Geschäftsleute kann unseres Erachtens keine Rede sein, nachdem die Anzahl der Verbraucher nicht gemindert, sondern durch die nun hinzugezogenen Arbeiter bedeutend erhöht wurde, die dem Konsumvermögen nicht angehörend und ihren Bedarf bei den Geschäftsleuten genau bedenken wollen. Es scheint den Petenten überaus wichtig nicht bekannt zu sein, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Streik in freiwilliger Weise dadurch provoziert, daß in der Deutschen Zellulosefabrik über 300 Arbeiter ohne jeden Grund die Arbeit kündigt, und somit aus Gründen der Selbsterhaltung die übrigen Arbeitgeber genötigt waren, ihren sozialdemokratisch organisierten Arbeitern auch zu kündigen. Die Petenten werden ersucht, diejenigen unter ihnen namhaft zu machen, die bereit sind, an Arbeitswilligkeit, zu liefern, damit dieselben beauftragt werden und somit unterstellt werden können.“

Im Volksblatt wurde das Schreiben scharf glossiert.

Franke verfuhr durch allerhand beweislose Behauptungen darauf, daß es der Arbeitern mit dem Einigungsverfahren nicht ernst gewesen sei und daß die Unterlegungen durch den scharfen Ton des Volksblatts gefördert sind. Demgegenüber behauptet der Zeuge Raute, daß Franke die Dinge wie Frau und Mühen durcheinander wirft. Den Arbeitern ist es sehr ernst gewesen mit den Einigungsverhandlungen. Bereits fünf Tage nach Ausbruch des Streiks, als noch gar keine Anzertentexte im Volksblatt erschienen waren, wurden Einigungsverhandlungen der Arbeiter angebahnt. — Genosse Kasparel erklärt, daß nach dem Verhalten der Unternehmer der Ausbruch Kombiantenland wohl angebahnt gewesen sei.

Zeuge Arbeiter W. u. e. behauptet, daß er früher Mitglied im freien Gewerkschaft, des Fabrikarbeiter-Verbandes gewesen sei. Da habe der Betriebsleiter der Zellulosefabrik auf ihm gesagt: „Wunge, wenn ich den Verband kündigt, dann werden Sie den Verband. Darauf habe die Direktion ihm seine Mitgliedschaft abgenommen und viele dem Fabrikarbeiterverband zugewandt. Später habe man ihn erlucht, wieder in den Verband einzutreten.“ — Vorüber: „Na, da ist Ihnen wohl ein bißchen gedroht worden?“ Zeuge entgegnet, er sei wieder freiwillig in den Verband eingetreten. Als der Verleger hiesigen Verbands, des Fabrikarbeiter-Verbandes, auf den Mann eingewirkt worden ist, meinte der Vorüber, man dürfe einem Zeugen die Verantwortung der Frage nicht in den Mund legen. Der Verteidiger entgegnete darauf, die Äußerung: „Na, da ist Ihnen wohl ein bißchen gedroht worden“, habe dann auch nicht als einwandfrei angesehen werden können. — Eine Zeugin Else Sch. erzählt, daß sie, um in der Zellulosefabrik Arbeit zu bekommen, erst dem Nationalen Verein beigetreten, dann bei Herrn Franke gewesen sei und dann Arbeit erhalten habe.

Der Verteidiger Reichsverband Wölle er beantragte noch mehrere Fragen zu haben, um nachzuweisen zu können, mit welchem Terrorisismus das Unternehmertum gegen die Arbeiter vorgegangen sei. Auch sollte bewiesen werden, daß der Portier der Zellulosefabrik Arbeiter mit den Worten gedroht habe: „Werden Sie gelb, oder Sie können gehen.“ Ferner wurde die Ladung des Bürgermeisters Bellian beantragt. Die Vereinsanträge wurden als unerheblich abgelehnt.

Der Verteidiger der Reichsverbandler spielte seine wenigen Worte, die er sagte, auf den „guten Ton“, um, den eine ansässige Zeitung immer pflegen mußte. Die in den Artikeln gebrachten Ausdrücke seien sehr scharf; es solle die Sache abgehandelt, wenn möglich eine Gefängnisstrafe verhängt werden.

Rechtsanwalt Müller erklärt nur die Privatkläger Franke und Dr. Müller als Kläger für legitimiert. Die weiteren fünf Kläger müßten als solche ausbleiben, da das Strafgesetzbuch eine Kollektivbeleidigung nicht kenne. Wenn der Reichsverband an sich angegriffen werde, könne sich doch nicht jedes Mitglied beleidigt fühlen. Da könnten ja schließlich 10 000 Personen auf einmal klagen. Wenn man die Reaktionen angreife, könne sich auch nicht jeder Reaktionslos beleidigt fühlen. Beweiz ist der Ton der Artikel scharf gewesen. Dieser Ton war aber bedingt durch die Verhältnisse. Denn man: Franke, ein früherer Gewerkschafter und Sozialdemokrat und nun Mitglied des Reichsverbandes! Die gemäßigten Klagehelfer haben noch einen viel höherliegenden Ton angeschlagen als das Volksblatt. Und wie hat Franke bewußt wahrheitswidrig verschiedene Dinge dargestellt? Seine Wohnungsabrechnungsangelegenheit ist in das Gegenteil seiner Behauptung umgewandelt. Bei der Kartoffelverkaufsaufsicht habe er aus der Mäde einen Gefanten gemacht. Die Poststetigkeit ist mißlich übertrieben. Auch bekannt Franke aus, die Namen zu nennen und dann brüdt er sich. Er handelte damit direkt unethisch. Franke operierte mit Schauermärchen. Wer bietet die Gewerbe dafür, daß jene Poststetigkeiten nicht Spiegel der Unternehmern — Leute die Herrn Franke nach standen — gewesen sind? Die Streikenden hatten offen erklärt, daß sie mit dem Postfall nichts zu tun haben. Der Wahrheitsbeweis war für die in den Artikeln aufgestellten Behauptungen für sie erbracht anzulegen. Es liegt höchstens formelle Verleumdung vor. Und wenn der Beklagte formell wegen den Erwerb gehalten haben sollte, so berücksichtigte man, daß die Gemäßigten in diesem scharfen Kampfe bei den Arbeitern sind und Franke ein Verräter ist.

Genosse Kasparel weiß noch darauf hin, daß man ihm unbedingt den Schutz des § 193 ausüben müsse. Franke habe bei allen Angriffen immer von Sozialdemokraten geschrieen und gesprochen. Die Vereinsaufnahme habe weder von sozialdemokratischen Hebeln noch von Hebeln Streikender etwas ergeben. Gegen die Franzosen Angriffe habe er als Sozialdemokrat und Reaktur des Volksblatts vorgehen müssen.

Das Gericht verhängte noch nicht allzu lange Beratung nach 4 Uhr nachmittags — Die Verhandlung begann um 11 Uhr — eine

Geldstrafe von 1400 Mk.

eventl. 140 Tage Gefängnis. Die Kosten sollen dem Beklagten zur Last. Im der Urteilsbegründung hieß es u. a.: Dem Beklagten habe allerdings der Schutz des § 193 zur Seite. Das

